



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Versteht wöchentlich heraus. — Preis vierteljährlich 4 Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 75 Pfennig, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Betragungsregister.

## Emil Döblin †

Am 31. Januar, abends 6<sup>1/2</sup> Uhr, hat der Tod ein arbeitsreiches, aber auch erfolgreiches Leben ausgedöhnt. Schon seit Wochen war Emil Döblin erkrankt. Die Tarifausschussverhandlungen vom 22. bis 25. Oktober haben durch die Anstrengungen und Aufregungen, die solche Tagungen mit sich bringen, sein Leiden auch verschlimmert und nun ist er — 65 Jahre alt — gestorben.

Der Tod hält jetzt reiche Ernte. Er mährt junge, starke, hoffnungsvolle Menschen zu Tausenden dahin und oft, unendlich oft durchquert uns ein schmerzliches Erschreden, wenn wir erfahren, hier ist wieder einer der aufopferlichen Totenkämpfe dahingegangen. Die schwere Zeit der un-

menschen tief darnieder. — Wenn aber selbst in so trauerreichen Zeiten ein so wertvoller Mensch von uns gehen muß, dann bilden alle, die ihn gekannt haben, eine Art gemeinsamer Arbeit, in welcher sie Emil Döblin kennen und schätzen lernen. Zu denen gehören auch wir als Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen des Buchdruckgewerbes. Schon vor der großen Bewegung 1891/92 hatten wir Gelegenheit, Emil Döblin kennen und schätzen zu lernen. Enger aber führte uns die Streikbewegung zusammen. Dann aber bei Gründung unseres Verbandes im Juni 1898, ebenso bei jeder späteren Tagung, war Emil Döblin zugegen und stand uns mit seinen Erfahrungen und Ratsschlägen gern zur Seite. Seine Arbeit im Einzelnen hier aufzuzählen, ist nicht möglich. Sie war zu vielseitig. Aber ein Rückblick auf die Entwicklung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zeigt am besten, wie segensreich seine Arbeit für das Gewerbe gewesen ist. — Aber auch schwere Kämpfe hatte Emil Döblin auszufechten; denn sein Festhalten an der Tariffache, die nach der Bewegung 1891/92 erneuert und gefestigt wurde, schaffte ihm viel Gegner im eigenen Lager, aber auch in weiten Kreisen anderer Gewerkschaften. Die Tariffache war mit wenigen Ausnahmen Anfang der 90er Jahre für die allgemeine Arbeiterschaft noch fast Neu-land. Dagegen waren im Buchdruckgewerbe, wie die Geschichte beweist, schon seit 1873 Tarifverhandlungen und Verträge zu verzeichnen. — Die Gegnerschaft im eigenen Lager gegen den Neuabschluß nach der Bewegung 1891/92 hatte ihren Grund in der Annahme, daß dieser Abschluß nach einem Kampf von so erschütternder Tragweite als zu gering angesehen wurde und eine heftige Gegenarbeit setzte ein, die bis zur Spaltung im Verbandsführte.

Der innere Kampf, der geführt werden mußte, die unausgeglichenen schweren Angriffe einer Anzahl Arbeitervertretungen (Tagespresse) erschwerten Emil Döblin die Arbeit ungemein, und es gehörte schon die feste Überzeugung dazu, mit dem Willen nach bestem Wissen das zur Zeit möglichst Erreichbare geschaffen zu haben, um es als Grundstock festzuhalten und auszubauen, trotz aller Bestrafung und aller Hindernisse. Die Zeit und die weitere Entwicklung der Tariffache, die Festigung und Stärkung des Verbandes zeigten, daß Emil Döblin und seine treuen Mitarbeiter recht behalten haben; denn nunmehr entwickelte sich, wenn auch nur langsam, auch in anderen Gewerben ein Tarifverhältnis, das sich im Laufe der Jahre in vielen Berufen zu Zentraltarifen ausgebildet hat, und sehr oft war Emil Döblin ein maßgebender Berater in Tariffragen auch für andere Gewerbe. Seine unablässige Arbeit galt in allererster Linie seiner Organisation, das Wohl seiner Kollegen,

der Buchdrucker, stand obenan. Ja, es beherrschte ihn so sehr, erst diesen Hauptzweig stark und widerfest zu gestalten, daß er alle Versuche, einen graphischen Verband zu errichten, immer wieder als noch nicht zeitgemäß ablehnte. Auch dieses Verhalten schaffte ihm Gegner. Aber er ging unbekümmert aller Anfeindungen seinen von ihm als richtig erkannten Weg. — Dieses Festhalten an einer gewonnenen Überzeugung wollte auch vielen in unseren Reihen als nicht mehr zeitgemäß erscheinen; denn in den meisten anderen Gewerben wurden Industrieverbände geschaffen, die alle verwandten Berufsweige und das Hilfspersonal umfaßten. Im Buchdruckerverband besteht aber neben der ausgebauten Tarifgemein-

schaft auch ein so verzweigtes und durch hohe Beiträge gesichertes Unterstützungssystem auch für Invaliden, daß eine Verschmelzung so vielseitiger bestehender Einrichtungen der verwandten Berufe fast unüberwindliche Schwierigkeiten zeigte, deren Beseitigung Emil Döblin nicht mehr erleben kann. — Diese auch heute noch bestehenden Schwierigkeiten sind hiermit nur angedeutet aber für Kenner der Verhältnisse im graphischen Gewerbe genügen sie bei dieser Gelegenheit, um seinen Widerstand zu verstehen. Das auszuspochen ist eine Pflicht; denn oftmals wurde seine Haltung in dieser Frage stark verurteilt. Die ihn verurteilten, hatten für ihre Organisation und die erhoffte stärkere Aktionskraft des Gewerbes das Beste im Auge. Aber Emil Döblin, der sich dagegen wehrte solange diese Schwierigkeiten bestanden, einen Zusammenschluß zu fördern, stellte in erster Linie das Wohl seiner engeren Berufskollegen in den Vordergrund. Aber trotzdem ein Zusammenschluß noch nicht erfolgen konnte, war sein Wirken darauf gerichtet, im Gesamtgewerbe und auch für die verwandten Berufe die Tariffache zu fördern und zu festigen. Mit sein Werk war es, daß wir als Hilfsarbeiter des Gewerbes 1906 die Grundlage für einen Tarif annehmen mußten. Den fortgesetzten Unruhen sollte ein Ziel gesetzt werden. Es zeigte sich immer deutlicher, daß auch für das Hilfspersonal der Buchdruckereien geregelte Verhältnisse geschaffen werden müssen, wenn die Ruhe im Gewerbe trotz Gehilfentarif nicht erschüttert werden soll. Hat dieser Anfang bis heutigen Tages auch nicht im Entferntesten das gebracht was auch von Emil Döblin erhofft wurde, so hat doch gerade in der Oktober-

Tagung 1917 im Tarifausschuss Emil Döblin für den Ausbau des Hilfsarbeiterarifs von den Prinzipalen eine bessere Förderung energisch verlangt.

In der Arbeit unermüdet, war Emil Döblin im Leben ein angenehmer Gesellschafter. Sein treffender Witz und sein guter Humor halfen oft über schwierige Situationen hinweg und gern gesehen war er in jeder geselligen Runde.

Nun ist er nicht mehr unter uns. Er kann seine bewährte Kraft in den kommenden schweren Zeiten der Buchdruckerache nicht mehr widmen, aber in fast 30jähriger Tätigkeit haben alle mit tätigen Glieder des Buchdruckerverbandes seine Arbeit anerkannt und seine Tatkraft schätzen gelernt. Kann nun auch sein Rat nicht mehr helfen, so wird doch in seinem Sinne weiter gearbeitet werden.

Auch wir als Hilfsarbeiter nehmen Abschied von einem treuen Berater und hochgeschätzten Freund. Seine unermüdete Arbeit für das Buchdruckgewerbe ist vorbildlich für uns. Emil Döblin ist uns unvergessen.

Für die Woche vom 10. - 16. Februar ist die Beitragsmarke in das mit 7 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Wängliches Jagen macht uns nicht frei!

Generalversammlungs-Raunen! Unter andern Umständen, als wir gedacht und erhofft haben. Nichtzurückgekehrt sind diejenigen, deren tätige Mitarbeit unserm Verbandsleben kräftigere Impulse gab. Noch weilen sie draußen in den Gräben, in der Etappe, in der Garnison, im Lazarett. Ihr Rat sollte nicht fehlen. Zweimal ist daher das Verbandsparlament verlagert. Und zum dritten Male würde es geschehen, wenn nicht der rasende Wirbel wirtschaftlicher Ereignisse taktische und organisatorische Neuorientierungen gebieterisch notwendig machte. Deshalb der Wechsel des Standpunktes, erst ihre Rückkehr abzuwarten. Sie werden sich damit abfinden. Endgültig jedoch nur dann, wenn die Zurückgebliebenen mit klarem Blick und kaltem Blut — wägend, aber auch herzlich wägend — den veränderten Umständen zum Besten der Organisation Rechnung getragen haben. Das ist der Pol, um den sich ihre Hirne drehn, unsre zu treffen haben: die Organisation!

Die Tarifrage — falls eine solche nach den gemachten Erfahrungen noch für uns existieren sollte — hat demnach hier sekundäre Bedeutung. Ohne Gleichberechtigungsgarantie für unsere Organisation, ohne faktische Anerkennung und Respektierung unserer Vertrauensleute, ohne Exekutive und ohne Grundlöhne sind derartige Gebilde, gelinde gesagt, sozialpolitischer Schaumschlag, den mitzumachen wir uns ernstlich weigern. Im Hinblick auf die kommende Zeit und im Hinblick auf die Zurückgebliebenen! Die letzten zwei Jahre waren vorzügliche Lehrmeister auf tariffreiem Gebiet. Ob auch für die Gegenseite? Wir brauchen uns deren Köpfe nicht zu zerbrechen. Restlos zufrieden sein, dürfen wir allerdings nicht. Zweifel war nachzuholen und mehr hätte geschehen können, wenn nichtorganisatorische und finanzielle Mängel Verzögerungen und Hemmnisse herbeigeführt hätten. Diese zu beheben ist eine der vornehmsten Aufgaben. Nicht jetzt und an diesem Orte. Der Komplex der hiermit zusammenhängenden Fragen findet zweckmäßig erst dann seine Lösung, wenn uns die endgültige Stellung der augenblicklichen Tarifforte zum jetzigen „Friedensinstrument“ vorliegt.

Neben zielflarem Willen und Einmütigkeit in taktischen Fragen sind die Finanzen das Fundament wirtschaftlicher Organisationen. Mehr oder minder hat jede Generalversammlung sich mit be-

ren Verbesserung beschäftigt. Fast immer aber waren die Verhältnisse stärker, als die gewählten Mittel und als letzten Endes gar der Weltkrieg. Seine revolutionierenden Wirkungen auf das Wirtschaftsleben durch katastrophale Arbeitslosigkeit und Krankheit ausstrahlte, schien unsere auf Friedenszustände zugeschnittene Finanzpolitik den Anforderungen solch kritischer Zeitalter in keiner Weise gewachsen. Entschlossenheit, verbunden mit drastischen Maßnahmen, wandten das Schlimmste ab. Die zeitweilige Aufhebung der Krankenunterstützung, die halbierte, aber auf mehr als die doppelte Zeit verteilte Arbeitslosenunterstützung und die Erhebung eines obligatorischen Pflicht- und später sogar noch eines Kriegsbeitrages bis in die Gegenwart hinein, fanden als unbedingte Notwendigkeiten verständnisvolle Zustimmung der Mehrheit. Unser Vaterland war in Gefahr! Den Opfern des wirtschaftlichen Schlachtfeldes galt dann die nächste Sorge. Verhältnismäßig früh kehrten wir zu normalen Unterstüßungsätzen zurück. Uebrig aber blieb der Kriegsbeitrag, der von mehr als zwei Dritteln der Gesamtheit noch heute getragen wird. Wie notwendig die Beibehaltung dieses 10 resp. 20 Pfennigbeitrages war, lehrt ein Blick auf die letzte Quartalsabrechnung. Der Krieg mit seinen Wechselwirkungen liegt leider aber noch nicht hinter uns. Trotz „peinlichster ärztlicher Kontrolle“ werden die Krankenziffern steigen, weil Unterernährung und intensiver Arbeitsweisen die letzten Kräfte der Heimarmee bis weit in die kommende Friedenszeit hinein zermürben. Betrug im letzten Quartal die hierfür ausgegebene Summe rund 22 Prozent der Beitragsentnahme, so ist hier mit weiteren erheblichen Steigerungen zu rechnen, vorausgesetzt, daß nicht der nach unserer Ansicht absurde Vorschlag einer Unterstüßungsreduzierung ins Auge gefaßt wird. Auch bei den Arbeitslosenunterstüßungsätzen darf hieran in keiner Weise gedacht werden, wenn das Errungene nicht gefährdet werden soll. Die sorgfältige und oft penibel-groteske Auseinanderhaltung von Lohn, Teuerungszulage, Extrateuerungszulage und eventuell noch Kriegszulage, selbst wenn es sich im Einzelnen gewissermaßen nur um Bettelfennige handelt, spricht für jeden, der hören will und kann, eine unzweifelhaft deutliche Sprache! Gewiß, wir sind der Ueberzeugung, daß die kommende Zeit den Reduzierungsabsichten der Gegenseite gewisse Schranken ziehen wird; notwendig bleibt deshalb aber doch, unsererseits das Aufwerfen von Schutzwällen nicht zu unterlassen. Ein solcher ist die Festlegung von Arbeitslosenunterstüßungsätzen, die mindestens der Hälfte der Beitragsätzen zugrunde gelegten Löhne entsprechen. Erhält jemand mit 26 oder 27 Mark Wochenlohn auf

Grund seiner Beitragsleistung 15 Mark oder mehr wöchentliche Unterstüßung, so wird er innerhalb der Unterstüßungszeit auf keinen Fall sich dem Untertunemertum für die früheren Löhne zur Verfügung stellen. Und welche gewaltige weitere Aufgabe liegt noch vor uns? Rund 6000 aus den Schützengräben erwarten wir zurück, denen das vernünftige Gewerbe keineswegs in rascher Folge Unterkommen zu gewähren in der Lage sein wird. Zu ihrem Empfang müssen wir materiell gerüstet sein, da Staat und Kommunen in ihrer Mehrheit wohl eine Wehr- aber keine Nährpflicht anerkennen. War der Kriegsbeitrag bisher notwendig, so wird er angesichts des vorher Angebotenen zur Pflicht! Im Interesse jedes Einzelnen sowohl, wie im Interesse unserer Kollegen. Aber nicht als Extrabeitrag fakultativen Charakters ist er beizubehalten, sondern als ordentlicher Beitrag, unter Reformierung der Lohnstaffeln, der Beitrags- und der Unterstüßungsätze. Der Geldlohn ist gestiegen, der Geldwert gesunken. Das haben wir zu beachten: Wirtschaften heißt: planmäßige Vorsorge treffen. Im Interesse derer, deren Wirtschaft wir zu führen haben.

Abzulehnen ist daher die Anregung des Kollegen Lohahl, der neben der Schaffung von ein oder zwei weiteren Beitragsklassen die Weitererhebung des Kriegsbeitrages ins Auge faßt. Ausnahmefällen dürfen keine dauernde Einrichtung werden. Angesichts der voraussichtlichen Entwicklung, angesichts der voraussichtlichen Notwendigkeiten wollen wir uns nicht die Taktik unserer wirtschaftlichen Antipoden mit ihrem Lohn und ihren diversen Teuerungszulagen zu eigen machen. Ein den Bedürfnissen der Zeit entsprechender regulärer Beitrag ist in solcher Lage die einzig richtige Form, umso mehr, da für die untersten drei oder vier Klassen eine Erhöhung im eigentlichen Sinne des Wortes nicht eintritt. Löhne unter 15 Mk. bei den heutigen Preisen, selbst für jugendliche weibliche Personen, existieren höchstens noch in den entlegenen Gebirgsdörfern oder bei den „Lohnbruderselbsthäusern“ Leipzigs. Hierfür betrug der Beitrag bisher 40 Pf. (ohne Kriegs- und Ortsbeitrag). Benutzen wir deshalb ruhig diese von der Kollegin Thiede angebotene Basis. Nicht besonders entlastet wird dadurch diese schon vom Untertunemertum über Gebühr ausgepöberte Kollegenschaft. Schutz dem Schwachen soll auch bei finanziellen Fragen unser Leitstern sein. Weiter aber wäre dem Vorschlage der Kollegin Thiede im Interesse wirksamer Unterstüßungsätze bei Arbeitslosigkeit nicht zu folgen; denn die Differenz von 10 Pf. bei jeder folgenden Klasse dürfte zu klein sein. Zweckmäßiger erscheint der Weg, von 15 bis 20 Mark 60, von 20 bis 25 Mark 80 und

## Am letzten Tag.

Erzählung von Ernst Preczang.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Die Magd hatte die letzten Schüsseln abgetragen. In seinem gestochenen Korbstuhl saß zurückgelehnt der Müller und hörte, aus einer langen Pfeife dampfend, dem gesprächigen alten Raben zu. Der war in Paris daheim wie in Rom und Belgrad. Konstantinopel, so behauptete er, sei ihm vertraut wie seine Westentasche.

„Bin herumgelaufen in der runden Welt wie das Pferd im Karussell. Hab das Leben um mich spielen sehen in tausend Farben und Gestalten. Und siehst Du, Mehlmar: bring ich's auf hundert Jahre und mehr: ich werd's nicht müd', dem kuriosen Wandel zuzusehen. Ach, was sie alles für Fragen machen, die Menschen! Wie sie sich plagen und schinden und ihr Geld verjubeln!“ Er schlug ein bröhenndes Lachen an und fuhr sich mit beiden Händen in das struppige Haar. „Hat's denn einen Sinn, das Ganze? Sag' mir: hat's einen Sinn?“

Der Müller nahm die Pfeife aus dem Munde und lächelte: „Vielleicht nicht. Vielleicht doch. Für Dich nicht, der Du kein Wohin kennst und keins haben willst. Für den nicht, der dem Gebilde der anderen zusieht als ein Fremder und es nicht der Mühe für wert hält, einen Finger zu rühren, weil's ihm gleichgültig ist, ob er auf Stroß liegt

oder auf Federn. Wir andern wollen einen warmen Sitz hinter dem Ofen, wenn's draußen schneht, und ein schmales Plätzchen im Sommer; möchten uns die Schüsseln aussuchen, aus denen wir speisen — und Lumpen auf dem Leibe genießen uns. Ein klein wenig Achtung bei seinen Nachbarn will unferne auch — und am Ende ist's ja auch die Achtung vor uns selber, die man sich behüten möchte.“

„Spricht er nicht wie ein Pfaff, Söhnchen? O, er versteht's! Hast mir schon damals einen schönen Vortrag gehalten, Mehlmar, da Du müde wurdest im Herumstreifen; als ich Dir antrug, mit mir zu wandern bis an der Welt Ende, — bis es uns eines Tages niederwürfe und wir nicht mehr aufstehen. — Ach, Fremdbden, denk' ich an die Zeit, als wir Zwei zusammen waren! Das war ein Leben! Arm im Arm vom Morgen bis zum Abend! Gesungen und pöhlert — juchhe! Was kimmert uns das Morgen.“

Wir leben ja noch heut, Und uns're kleinen Sorgen, Die tragen wir zu zweit.“

Hier fiel der Müller ein:

„Plagt euch um Geld und Gut und Weib, Die ihr's nicht anders wißt, — Der allerschönste Zeitvertreib Ja doch das Wandern ist!“

Und der „alte Rabe“ erhob sich, schwenkte die Hand und wiederholte noch einmal mit schnetternder Stimme:

„Der allerschönste Zeitvertreib Ja doch das Wandern ist!“

Er setzte sich, den Handrücken über die geschloffenen Augen führend: „Siehst Du, hast es nicht vergessen, Bruderperz! O, es war eine herrliche Zeit! Jetzt sing' ich nicht mehr. Bloß im Frühling, wenn's im mich zwitschert aus allen Zweigen, leg ich noch einmal los, ohne daß ich's will.“ Er bog sich über den Tisch und legte beide Hände auf des anderen Schulter: „Seele! Seele! Komm mit! Komm, wieder mit, Mehlmar, daß wir singen können wie einst! Zweifeltimmig, weißt Du noch?“

„Und meine Mühle? Meine Arbeit?“

„Ach, laß es den Eseln, die Säcke zu tragen!“ Der Müller wurde ernst: „Schimpf mir die Arbeit nicht, Rabe!“ Er wies durch's Fenster hinauf zur Mühle, deren Flügel sich klappernd in gleichmäßigem Schwunge drehten: „Wenn die stille stehen überall, hast auch Du nichts zu essen!“ Und leise großend: „'s sind so schon genug, die speisen, ohne zu mahlen. — Kein, alter Rabe. Ich bleib da sitzen. Denk' oft und gerit an meine Wandertage, aber freu' mich auch, daß ich zu rechter Zeit damit abgeschnitten. Was der Dursch kann und soll, darf der Mann nicht. Und gar bei einem Grautopf wird's leicht lächerlich, will er den Zwanzigjährigen markieren. Geh' ich Dich an, alter Rabe, mich lodt's nicht!“

Der blickte nieder auf den Tisch. Dann kam es leise: „Du kränkst mich, Mehlmar.“



von 25 bis 30 Mark 1.— M. zu erheben. Besteht Neigung, die Arbeitslosenunterstützung bis zu 18 Mark wöchentlich zu erhöhen, müßte vielleicht noch für eine fünfte Klasse gesorgt werden. Einen detaillierten Plan in dieser Beziehung vorzulegen, dürfte jedoch hier zu weit führen. Ist der ernsthafte Wille zur Erhaltung der Errungenen, zur Erreichung weiterer Ziele, zur Solidarität gegenüber den Zurückbleibenden in unseren Reihen lebendig, wollen wir letzten Endes auch ohne Tarif Ziele verfolgen, so diskutieren man auch diesen Vorschlag in unsern Orts- und Gauparlamenten, baue ihn aus und beauftrage zu gegebener Zeit Berufsgenossen, zu denen man Vertrauen hat, mit der Ausarbeitung eines organischen Plans, der der Generalversammlung zur Genehmigung vorzulegen ist. Die Durchpfeifung im Plenum oder in einer Kommission während der Tagung bietet keine Gewähr für gute Arbeit.

Nicht nur unsere Finanzen jedoch, sondern auch die Organisationsform wird einer durchgreifenden Aenderung zu unterziehen sein. Mehr und mehr gleitet die agitatorische und verwaltungstechnische Arbeit in die Gänge. Nicht zum Schaden des Ganzen, wie an Beispielen bewiesen werden könnte. Passen wir uns dem Historischgewordenen und Bewährten an. Langsam wohl, aber reibungslos führt uns das ebenfalls: vorwärts!

F. W. - Leipzig.

### Zur Frage einer Beitragserhöhung.

Die Anregungen des Kollegen Lohbahl und der Kollegin Thiede in Nr. 3 und 4 der „Soll“, für eine Erhöhung der Beiträge wie auch für Erweiterung der Unterstützungssätze, werden manchem von uns nicht unerwartet gekommen sein.

Wer einigermaßen die Massenabschlüsse unserer Hauptklasse verfolgt hat, wird ohne Voreingenommenheit sich sagen müssen, daß unsere Wünsche zur Schaffung eines größeren Kampffonds für etwa zu erwartende Kämpfe nicht erfüllt worden sind. Wohl hat unsere Hauptklasse dank der Opferwilligkeit der Kollegenschaft im ganzen Reiche den gewaltigen Anforderungen, die in den 4 Kriegsjahren an die Hauptklasse gestellt wurden, Stand gehalten. Daß diese Kraftprobe bei Friedensschluß aber nicht noch einmal seitens unserer Verbandsklasse bestanden werden muß, wird wohl niemand bezweifeln wollen. Die Arbeitslosigkeit wird sich dann in weit höherem Maße zeigen, zumal mit der von Tag zu Tag größeren Papierknappheit eine vermehrte Arbeitslosigkeit zutage treten wird. Durch die in Aussicht stehenden Mehrausgaben wird aber der Wille, einen größeren Kampffonds zu schaffen, den wir so notwendig bedürfen, ich

erinnere an den Ablauf unserer Tarife, in weite Ferne gerückt, wenn wir der geplanten Beitragserhöhung unsere Zustimmung versagen wollten.

Wenn deshalb vom Verbandsvorstand eine Beitragserhöhung und damit gleichzeitig eine Erhöhung der Unterstützungssätze ins Auge gefaßt wird, so bedeutet dieses nur eine ganz natürliche Anpassung an die gegebenen Verhältnisse. Daß die Beiträge und Unterstützungssätze den gesteigerten Lohnverhältnissen angepaßt werden müssen, ist für den, dem eine gesunde Entwicklung unseres Verbandes am Herzen liegt, selbstverständlich. Durch eine neu zu regelnde Beitragserhöhung wird sich aber auch ein ansehnlicher Kampffonds ansammeln lassen, der unbedingt notwendig ist. Die Anpassung unseres Unterstützungswesens, soweit es sich um die Erhöhung der Unterstützungssätze handelt, wird nicht viele Gegner unter unsern Mitgliedern haben. Anders wird es bei der Erhöhung der Beiträge sein. Aber das eine ist ohne das andere nicht möglich. Die Unterstützungseinrichtungen dürfen nie Selbstzweck, sondern immer nur Mittel zum Zweck sein. Wenn aber die Unterstützungssätze erhöht werden, muß der Beitrag so erhöht werden, daß auch für den vorher erwähnten so notwendigen Kampffonds bedeutende Summen zurückgelegt werden können.

Auch in der Agitation soll man unsere Unterstützungseinrichtungen nicht in erster Linie gebrauchen. Wir wollen doch Klassenbewußte, überzeugte Kämpfer erziehen; das kann man nicht, wenn man den neuen Mitgliedern sagt: was ihr an Beiträgen zahlt, bekommt ihr an Unterstützungen wieder zurück; damit erzieht man keine Kämpfer. Die Unternehmer wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, auch nur einen Teil der Feuerungszulage auf den Wochenlohn umzurechnen. Warum das? Weil sie der Meinung sind, wenn der Krieg zu Ende ist, könnten sie die gesamten Feuerungszulage mit einem Federstrich verschwinden lassen. Die Unternehmer werden auch nach dem Kriege ihre wirtschaftliche Macht dazu benutzen, der Kollegenschaft jeden Schritt vorwärts zu erschweren. Besonders werden sie versuchen, die bei Kriegsende einsetzende Arbeitslosigkeit auszunutzen. Dort gilt es, sich gegen Verschlechterungen zu wehren, zumal zu erwarten ist, daß die Verteuerung der Lebenshaltung auch bei Friedensschluß noch lange Jahre weiter anhalten wird. Unser Wochenlohn muß nach dem Kriege so bemessen sein, daß wir als Mensch leben und für Krankheit oder Arbeitslosigkeit etwas zurücklegen können. Dazu gehört natürlich eine festgefügte Organisation und vor allen Dingen eine gut gefüllte Kasse. Deshalb bedeuten wir bei der Beitragserhöhung und bei der Neuregelung von Unterstützungssätzen, wozu unsere Or-

ganisation da ist: zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Hebung der Mitglieder auf eine möglichst hohe Kulturstufe.

Wenn eine Beitragserhöhung nun nicht zu umgehen ist, dann wäre ich für Abschaffung des Extrabeitrages, der nicht von allen Mitgliedern gezahlt wird, und würde ferner eine Regelung der Beitragszahlung auch in 4 Klassen für möglich halten.

Wenn daher eine andere Klasseneinteilung kommen müßte, möchte ich folgenden Vorschlag zur Beratung stellen:

Wochenlohn:	Wochenbeitrag:	
bis 15 M.	1. Kl.	50 Pf.
von 16 bis 25 M.	2. Kl.	70 Pf.
von 26 bis 30 M.	3. Kl.	90 Pf.
über 31 Mark	4. Kl.	110 Pf.

Unter Wegfall der Extrabeiträge.

Die Unterstützungssätze müßten wohl der neuen Klasseneinteilung angepaßt werden. Für ratsam halte ich es aber nicht, die Unterstützungssätze weiter zu erhöhen. Denn sonst hat die ganze Erhöhung keinen Zweck.

Diese Tatsache sollte von jedem einzelnen Mitglied bei Beurteilung der Unterstützungs- und Beitragsregelung gewürdigt werden: Die Organisation in den Stand zu setzen, daß sie der Anforderung der Mitglieder und besonders aber auch der heimkehrenden Kollegen bei Friedensschluß gerecht werden kann.

H. K. - Frankfurt a. M.

### Was fordern wir von der Sozialpolitik?

Von H. Schmidt.

S.A.K. Neben den großen politischen Fragen, die gegenwärtig eine Rolle spielen, drängen sich nicht minder bedeutungsvoll für den Aufbau des Reiches diejenigen in der Vordergrund, die in sozialer Neugestaltung uns aus der Zerrüttung des Krieges die Kräfte entwickeln sollen zur vollen Schaffenskraft in der Friedenszeit. Jetzt schon muß die Vorarbeit eingeleitet werden, jede Verzögerung bedeutet eine schwere Schädigung der Volkswirtschaft, eine ungünstige Entwicklung für die Arbeiterklasse.

Durch eine Aenderung im organisatorischen Aufbau des Reichsamts des Innern ist das Reich für die Wirtschaft und Sozialpolitik an das neugebildete Reichswirtschaftsamt überwiesen, für das der mit der Leitung beauftragte Staatssekretär Dr. Schwander eine gute Empfehlung mitbrachte; seine sozialpolitischen Maßnahmen als Bürgermeister von Straßburg ließen ein großzügiges Organisations-talent erkennen. Aber ehe Dr. Schwander noch zu einem erfolgreichen Ein-

„Rein. Das wollt' ich nicht, Rabe. Du kannst nicht anders, das weiß ich. Liegt Dir im Blut, wie einem anderen das Sorgen um's tägliche Brot. Aber vielleicht ist's gut, wenn der junge Durck da, Dein Begleiter, auf's Denken gebracht wird und sieht, daß die Sache auch ihre zwei Seiten hat. Unkraut schlägt leicht Wurzel in so jungem Boden. Und ich mein', es sind genug, die ihr Haar auf der Schwärze müssen grau werden lassen, weil sich ihnen zu rechter Zeit kein Haus geöffnet hat. Aber man soll keinen blind machen, daß er mutwillig vorbeigeht an offenen Türen, soll niemanden lehren, die Arbeit zu verachten. Wie Du's auch drehst und wendest: unser Leben ruht auf ihr.“

„Es hat keine Sorge, Meister.“ Der Jüngere lachte. „Bin nicht aus Wachs gemacht, daß mich einer kneten könnte wie er möchte. Find' schon wieder zurück nach Haus und zum Rechten, führ' mich auch wirklich einmal einer ein wenig fettab.“

„Wer will Dich fettab führen, Selbstnabel?“ Der „alte Rabe“ schlug mit der Faust auf den Tisch. „Kannst Du in meinen Schüssel blicken? Hüpfst Dich wohl auch schon als großer Herr — und ich bin ein alter Lump, he?“

„Es sagt ja keiner“, beruhigte der Müller. „Da, Du! Spielt Euch auf als ehrliche Leute! Sßt wie die anderen da draußen! Wah! Der Herr Müllermeister! Hockt hinterm Ofen und rebet Flug! Meinst, ich könnt' nicht auch im Fett sitzen wie Du? O, wenn ich bloß wollte!“

„Du willst aber nicht, Rabe. Und könntest auch nicht. Jetzt nicht mehr.“

„Rein! Ich will nicht! Weiß mir ein besseres Leben!“ Er griff mit Hast nach seinem zerbeulten Hut. „Lieber freß ich Eicheln, als mit den honneten Leuten an einem Tisch!“ Er wandte sich erbozt zur Tür.

Der Müller trat ihm in den Weg: „Mach keine Dummheit, Rabe. Regst Dich auf um nichts. Kein Mensch hier ist Dir nahe gekommen. Und müdest mich wohl soweit kennen, daß ich meinem Gast nicht die Maßzeit mit Bosheit pfeffre. Schreibst — und schreibst doch bloß gegen Dich selbst. Da ist etwas in Dir, das magst Dich um Dein Leben. Du magst es nicht hören. Deshalb brüllst Du wie ein Stier.“

Der Alte hatte den Kopf gesenkt. In ihm arbeitete es heftig: „Laß mich, Mehlmag.“ Er wollte vorbei zur Tür. Der Müller hielt ihn. Da irrten die Blicke hilflos am Boden umher: „Laß gut sein. Weiß nicht, was da wurmt in meiner Krone. Den ganzen Tag schon. Auf der Brust brüht's mich jetzt wieder, daß ich ausschreien möchte. Wange ist mir, und heulen könnt' ich wie ein geschlagenes Göhr!“

„Krank bist Du. Bleib da, Rabe. Ich hab's Dir schon einmal angeboten. Vor zwei, drei Jahren, als Du zum letztenmal da warst. Ein wenig Holztauben und die Pferde füttern — es wird Dich nicht umbringen. Gut sollst Du's haben, frei

sein, eine Stube und ein Bett kriegen und mit mir am Tisch essen.“

„Und mich herunterhungen lassen von Dir, leß ich Dir nicht nach Wunsch.“

„Unsin. Gib's da noch ein Bestunen?“

„Rein. Ich besinn' mich erst gar nicht, Mehlmag. Nicht eine Stunde. — Hier?“ Sein Blick streifte durch's Fenster. „Da ein Kartoffelfeld. Da ein Baum und da ein Baum. Da die Mühle. Und das Klappert so Tag für Tag. Nichts weiter! Wie sollt' ich's aushalten, sag? Rein, es hat keinen Sinn, Du weißt's selber. Versuch' ich's, — in drei Tagen wär der Vogel schon auf und davon. Ich muß wandern, ob ich will oder nicht. Ich muß!“

„Ueber Schlaf's Dir. Bleib' bis morgen.“

„Rein. Ich hab's eilig. Vergangene Nacht hört ich schon die Wildgänse schrei'n. Da müßt ich längst im Süden spazieren. Aber es scheint, ich krieg' meine Tour nicht mehr wie früher herum. Weiß nicht, woran es liegt. Geh doch Tag um Tag. Aber es ist ein Unterschied. Mich hemmt etwas. Muß gar so oft niedersitzen und ausruhn. — Kommt, Söhnchen,“ er wandte sich zu dem Jüngeren. „die Sonne kriecht schon hinter den Mühlenberg. Drei Stunden Weg sind noch vor uns. Leb wohl, Mehlmag. Ich dank Dir. Du meinst es gut. Ich glaub, wir sehn uns nicht mehr.“

Sie gingen.

(Fortsetzung folgt.)

sehen seines Könnens kommt, verläßt er den Posten und kehrt in sein altes Tätigkeitsgebiet wieder zurück. Ob ihm dieser Posten in so kurzer Zeit bereits verliehen wurde, oder Krankheit ihn zwang, zurückzutreten, bedauerlich bleibt der Rücktritt, denn wir brauchen einen Mann, der aus dem Bannkreis engherziger Bürokraten heraustrat. Was der Nachfolger Frh. v. Stein aus dem Reichswirtschaftsrat machen wird, darüber läßt sich vorläufig nichts sagen; die Führung der Ernährungspolitik, die ihm von Herrn v. Batocki im Reichsrat des Innern anvertraut war, bot gerade keine großzügigen Reformen.

Manche sozialpolitische Aufgaben sind während der Kriegszeit zurückgestellt, weil das Ungeregelte des Wirtschaftslebens nicht den strengen Maßstab der Friedenswirtschaft zuließ. So konnte man, wenn auch mit einigem Bedenken, der Lockerung der Arbeiterschutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche zu Beginn des Krieges zustimmen, weil niemand mit einer so langen Dauer des Krieges rechnete. Schon gegenwärtig muß aber mit allem Nachdruck verlangt werden, daß den Verwaltungsbehörden die Befugnis entzogen wird, vollständig jede Beschränkung der Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche aufzuheben. In einem Erlaß des Reichsamts des Innern vom 11. August d. J. wird bestätigt, was die Gewerkschaften wiederholt betont haben, daß die Ausdehnung der Arbeitszeit bis ins Ungemessene geht. Der Erlaß gibt selbst zu, daß für jugendliche Arbeiterinnen Arbeitszeiten bis zu 15 Stunden ermittelt worden sind. Berücksichtigt man, daß nach der Gewerbeordnung die zulässige Arbeitszeit 10 Stunden beträgt, so muß diese Ueberschreitung der Norm als recht übel bezeichnet werden. Noch schlimmer steht es mit der Nachtarbeit. In sehr vielen Fällen ist für die Frauen eine Nachtarbeit bis zu 12 Stunden gestattet und wie der Erlaß weiter anführt, ist anscheinend sogar eine 24stündige Beschäftigung für Arbeiterinnen zugelassen. Der Erlaß will diese Auswüchse beseitigen, ob es gelingt, erscheint sehr fraglich. Kehrt man während der Kriegszeit nicht zur vollkommenen Aufrechterhaltung der Gewerbeordnung zurück, so muß eine Begrenzung der Ueberarbeitszeit und der Nachtarbeit unter allen Umständen eintreten. Es erübrigt sich, eingehend darzulegen, welche schwere Schädigung unserer Volksgesundheit zugefügt wird, wenn bei der gegenwärtigen dürftigen Ernährung ein solches Uebermaß an Arbeitsleistung gefordert wird.

Nicht früh genug kann für die kommende Zeit auf die Bedeutung des Arbeitsnachweises hingewiesen werden. Die Organisation eines Arbeitsnachweises auf Grund eines Gesetzes, das einen gleichmäßigen Aufbau und Zentralisierung des Arbeitsnachweises vornimmt, muß bereits jetzt erfolgen, damit in der Uebergangszeit die gewaltige Arbeit, die zu leisten ist, um Millionen von Arbeitskräften wieder unterzubringen, eine Organisation übernimmt, die geübt und fähig ist, diese Aufgabe zu erfüllen.

Im engen Zusammenhang damit steht die Arbeitslosenversicherung. Wenn dieser Versicherungszweig gegenwärtig nicht großzügig ausgebaut wird, so muß mindestens eine Vorarbeit geleistet werden, die es ermöglicht, den aus dem Heeresdienst Entlassenen durch eine Arbeitslosenunterstützung gegen die Erschütterung ihrer wirtschaftlichen Existenz einen Schutz zu bieten. Es geht unmöglich, daß mit den regellosen Unterstützungsfähigen der Gemeinden die Frage der Arbeitslosenversicherung und die Fürsorge für die vom Heeresdienst Entlassenen geregelt werden kann. Ganz abgesehen davon, daß unter der Arbeitslosigkeit auch diejenigen zu leiden haben, die aus ihrem gegenwärtigen Berufe ausscheiden, oder wiederum zu einem neuen Berufe übergehen müssen. Wird hier keine Unterstützung geboten, so wird die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft nach dem Kriege keine Besserung, sondern eine Verschlechterung erfahren.

Für die Uebergangszeit wird die Gestaltung der Löhne eine große Rolle spielen. Große Arbeitslosigkeit kann mit schnellem Druck die Löhne zum Sinken bringen, ohne, daß in

den Ansprüchen an die Lebenshaltung eine Ermäßigung eintritt. Diesen schweren Schädigungen muß vorgebeugt werden. Wir haben bereits eine Einrichtung, die für die Uebergangszeit aufrecht erhalten werden muß. Die Schlichtungsstellen, die das Hilfsdienstgesetz eingeführt haben, haben in bezug auf die Lohnregelung sehr viel Gutes geschaffen. Sie müssen in der Uebergangszeit aufrecht erhalten werden, damit sie nach eingehender Prüfung ermitteln können, wie weit Lohnherabsetzungen begründet, resp. Lohnforderungen berechtigt sind. Die Regelung der Heimarbeitelöhne steht damit in engem Zusammenhang. Die Gewerkschaften haben in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern eingehend begründet, wie wichtig eine Einigungsinstanz für die Uebergangszeit ist. Es würde sich empfehlen, diese Schlichtungsstelle in Verbindung mit dem Arbeitskammergesetzwerk zu bringen, den Arbeitssammern wäre damit eine sehr wichtige sozialpolitische Aufgabe überwiesen. Wenn gegenwärtig verlangt wird, das Arbeitskammergesetz schnell wieder einzubringen, damit für die neue Zusammensetzung des preussischen Herrenhauses die Grundlage für eine Arbeitervertretung gefunden wird, so ist das für uns kein Anlaß zu drängen; auf das Herrenhaus könnten wir verzichten. Es ist hohe Zeit, daß die hier benannten Gesetze sofort in Angriff genommen werden. Sollen diese Einrichtungen, die diese Gesetze schaffen, für die Uebergangszeit ihre Aufgabe erfüllen, so ist es notwendig, daß gegenwärtig schon der Aufbau in der Organisation vollzogen wird, damit in Friedenszeiten volle Gewähr dafür geboten wird, daß die Einrichtungen funktionieren.

### Korrespondenzen.

**Braunschweig.** In einer Mitgliederversammlung am 12. Januar nahm die Kollegenschaft Stellung zur Antwort der Prinzipale. Anstatt die bisher zugestanden 66% Proz. aus der früheren Zulagen, sind nunmehr nach wiederholtem Schreiben, 100 Proz. bewilligt worden. Die Ausführungen des Berichterstatters zeigten, daß in einer Reihe anderer Städte, die zum Teil kleiner sind als Braunschweig, höhere Teuerungszulagen bewilligt worden sind, weil da die Kollegenschaft besser organisiert war, und nicht erst den Weg zur Organisation fand, als Teuerungszulagen dringend nötig wurden, und die geringen, freiwilligen Zulagen der Prinzipale nicht ausreichten. Es kann auch in Braunschweig noch mehr erreicht werden, wenn die Kollegen und Kolleginnen einig bleiben. Es wurde beschlossen, im Augenblick mit dem Zugeständnis zufrieden zu sein, aber zur gegebenen Zeit weitere Erhöhungen zu fordern, um eher auskommen zu können. Eine Anzahl Neuaufnahmen wurden gemacht.

### Rundschau.

**Wilhelm Dreier, †.** Der Lob hält reiche Ernte in Buchdruckerkreisen. Am 30. Januar früh, starb unerwartet, ohne vorhergehende Krankheit Wilhelm Dreier am Herzschlag. In Hamburg ist Dreier sehr geschätzt und beliebt, er hat es immer verstanden, die Interessen seiner Kollegen auf das vorteilhafteste zu vertreten. Seit 1903 ist Wilhelm Dreier Vorsitzender, seit 1907 ist er Angestellter in Hamburg, er bekleidete die Aemter als Saudorfsicher, als Gehilfenvertreter im Larifant, und andere wichtige auch örtliche Aemter. Dreier ist nur 55 Jahre alt geworden. Auch unsere Hamburger Kollegenschaft hat Wilhelm Dreier sehr geschätzt, er war stets hilfsbereit, sein Andenken wird in unseren Kreisen in Ehren gehalten.

**Verichtigung.** Zur Notiz in Nr. 2 der „Soll“ über das Jubiläumsgeschenk an das Personal der Firma Bernhard Meyer-Belpzig, erhalten wir nachfolgende Ergänzungen: „Das männliche und weibliche Personal erhielt bei einer Tätigkeit bis zu 5 Jahren einen einmaligen Wochenlohn mit Teuerungszulage; von 5—10 Jahren einen doppelten Wochenlohn mit Teuerungszulage; von 10—15 Jahren einen dreifachen.“

**Bekanntmachung.** Vor dem Schöffengericht 7 in Hamburg hatte sich der Fabrikant Martin Stehr zu verantworten, weil er verfallene und gesundheitschädliche Nahrungsmittel in den Verkehr gebracht hatte, nämlich statt Gelatinepulver ein Weimpulver von elektrischem Geschmack, ein

Eisbepulver, das als völlig unbrauchbares Backpulver bezeichnet wurde, und ein Backpulver, von dem der Sachverständige aus sagte, es sei sehr bedauerlich, daß die Hausfrauen das wenige Mehl durch solche Backpulver verderben müßten. Stehr hat diese für ihn sehr nützlichen Produkte während der Zeit von drei Monaten vertrieben und nach den Berichten über die Verhandlung gegen ihn seinen täglichen Umsatz auf 20—30 000 Mk. geschätzt, insgesamt also nach seinen eigenen Angaben für 250 000 Mk. Ware abgesetzt. Nimmt man, was sicher viel zu niedrig gegriffen ist, nur 5 Prozent Reinverdienst an, so beträgt der Gesamtnutzen in den drei Monaten 112 500 Mk. Und die Strafe? Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz wurde der Menschenfreund zu 1000 Mk. Geldstrafe oder 200 Tagen Gefängnis verurteilt, er hat für sein gemeinschädliches Verhalten also nur eine „Abgabe“ von 1/10 Prozent seines Kriegsgewinnes zu entrichten. Der Kriegsaussschuß für Konsumenteninteressen weist mit Recht darauf hin, daß durch solche Urteile die Verbraucher nicht vor gewissenloser Ausbeutung geschützt werden und daß viel strengere Strafen gegenüber dem gefährlichen Treiben der Nahrungsmittelschwinder am Platze wären.

**Die Kleidernot.** Der gute Wille, durch unermüdliches Stopfen und Flicken die Lebensdauer der Kleidungs- und Wäscheartikel zu verlängern, scheitert oft an der Unmöglichkeit, das erforderliche Nähgarn oder Seide zu beschaffen. Stopfwohle oder Stopfbaumwolle für die Strümpfe ist kaum noch zu haben und zu bezahlen. Das Nähgarn steht unerhört hoch im Preise und ebenso steht es mit der Nähseide. Für Nähmaschinen, die früher je 3 Stück 25 Pf. kosteten, muß man jetzt je Stück 60—85 Pf. anlegen, was einer Preiserhöhung um 720—1140 Prozent gleichkommt. Und dazu muß man froh sein, wenn man überhaupt das Glas hat, Nähmaterial irgendwelcher Art zu erhalten, denn wie bei allen Knappen und doch stark begehrten Waren erleben wir es auch hier, daß nur die besonders Begünstigten, d. h. in der Regel diejenigen, die entsprechende Äquivalente besitzen, Garn oder Seide kaufen können. Geld oder gute Worte tun es eben hier auch nicht mehr, sondern nur Geld und gute Ware. — Es soll geplant sein, die Nähfäden jeglicher Art öffentlich zu bewirtschaften. Diese Absicht kann von den Verbrauchern nur begrüßt werden, denn es besteht bei der Ausführung dieser an sich guten Absicht immerhin die Möglichkeit, daß sie wenigstens etwas erhalten und nicht auf Gnade oder Ungnade des Kleinhandels angewiesen sind. Eine andere Frage ist, ob den tatsächlichen Verhältnissen der Mehrzahl der Haushaltungen, insbesondere der Mittelvermittelten, bei der Verteilung genügend Rechnung getragen wird und sie nicht nur mit dem Rest abgefunden werden, der nach Versorgung der Industrie und des Schneiderhandwerks übrig bleibt. Selbstverständlich sollen diese nicht leer ausgehen, denn auf die Herstellung neuer Kleidungs- und Wäschegegenstände kann nicht verzichtet werden, aber die Erhaltung der vorhandenen Bestände ist fast noch wichtiger und vor allen Dingen muß vermieden werden, daß die Haushaltungen, die bisher die Garderobe im Hause hergestellt haben, durch Versagen der nötigen Garne gequält werden, auf den Schneider oder die Schneiderin bzw. auf die Stapellionsfektion angewiesen werden. Das würde für zahlreiche Haushaltungen nicht nur eine ungerechte Mehrausgabe bedeuten, zu der sie bei den gegenwärtigen Preisverhältnissen einfach nicht imstande sind, sondern es würde auch die Weiterverwendung alter Kleidungsstücke beeinträchtigen, während sie bei der allgemeinen Knappheit an Stoffen doch gerade jede Förderung verdient. Der Kriegsaussschuß für Konsumenteninteressen erwartet deshalb, daß die Nationalisierung des Nähgarns nicht schematisch erfolgen, sondern daß den Bedürfnissen der mittelvermittelten Bevölkerungskreise, die durch Ausbessern und Umarbeiten der Kleidung gerade zur Erhaltung und Streckung der Vorräte beitragen, weitgehend Rechnung getragen wird.

### Eingegangene Druckschriften.

Die **Wolke**, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Barbus (Verlag für Sozialwissenschaft) G. m. b. H., Berlin SW. 68). Das eben erschienene Heft 43 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Schick, M. b. H. „Schlagwortkritik“; August Binnig, „Handbemerkungen zur Friedenspolitik“; Bernhard Kaufmann, „Zur Friedensfrage“; Theodor Leibart, „Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften“. Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich 8,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.